Mitglieder-Info

Katholische Arbeitnehmer-Bewegung
Diözesanverband Speyer

Liebe KAB-Mitglieder,

Ein in jeder Hinsicht ereignisreiches Jahr 2019 geht nun zu Ende. Auf der Weltbühne bewegen die Bewältigung der Klimakrise und die ökologischen Herausforderungen viele Menschen; viele fragen sich, wie es mit unserem Planeten weitergehen soll, wenn wir weiter so handeln und der Maxime eines ständigen Wachstums folgen. Die Folgen unserer Wirtschaftsweise für Mensch und Umwelt sind nicht mehr zu übersehen bzw. zu leugnen. Selbst Papst Franziskus spricht von einer Wirtschaft, die tötet.

Der Wandel in der Arbeitswelt schreitet immer weiter voran. Unter dem Schlagwort der Digitalisierung sind Prozesse der Veränderung subsummiert, die die Arbeitswelt revolutionieren und beschleunigen. Kaum ein Arbeitsbereich ist mehr hiervon ausgenommen.

Auf einer ganz anderen Ebene werden mit unterschiedlichen Handelskriegen die Märkte der Zukunft verteilt. Hier geht es um Macht und Einfluss.

Was hier für die Weltbühne beschrieben wurde, scheint für viele weit weg und nicht beeinflussbar, hat aber oftmals ganz konkrete Folgen für Menschen wie du und ich. Dass bei diesen Themen manchmal das Gefühl von Wut oder Ohnmacht aufkommt, ist durchaus nachvollziehbar. Viel wichtiger scheint es mir aber zu sein, dort nicht stehen zu bleiben, sondern zu schauen, was ich in meinem Einflussbereich bewegen kann. Ich bzw. du sollten uns bewusst sein: Mein und dein Lebensstil, mein und dein Konsumverhalten, mein und dein politisches Engagement entscheiden über die Zukunft mit.

Die KAB in Deutschland hat es sich zur Aufgabe gemacht, sich solidarisch für ein menschenwürdiges Leben und Arbeiten im Verbund mit der Bewahrung der Schöpfung einzusetzen. Für diese Ziele arbeitet die KAB auch mit anderen Verbänden und Partnern zusammen.

Uns allen ist klar, dass die großen Fragen und Probleme nicht ad hoc gelöst werden können. Aber sich informieren, sich einsetzen, sich austauschen und nicht allein gehen, das sind Kennzeichen der Verbandsarbeit. Sind die Wege auch weit, wir geben nicht auf!

An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle, die diesen Weg bisher mitgegangen sind und auch weiter mitgehen. Ebenso eine herzliche Einladung an alle, die in die Verbandsarbeit einsteigen wollen.

Ich danke Thomas Eschbach ganz herzlich für seine maßgeblichen Impulse in diesem Vorwort und wünsche auch im Namen des Gesamtvorstandes „Frohe Weihnachten“ und einen „Guten Rutsch ins neue Jahr 2020“.

GOTT SEGNE DIE CHRISTLICHE ARBEIT- GOTT SEGNE SIE!

Kurt Freudenreich

Weihnachtsimpuls 2019

Die Geburt eines Kindes ….

Ein Kind, die Geburt eines Kindes, feiern wir an Weihnachten. Brauchen wir ein Kind? Was sollen wir mit einem Kind? Noch dazu mit einem solchen? Gott sei Dank ist das vor 2000 Jahren passiert, mit diesem Kind. Heute käme das Kind mitten in unsere Diskussionen über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, über das Betreuungsgeld, über das neue Kindertagesgesetz und den Rechtsanspruch auf die Ganztagesschule. Ich hoffe nicht, dass das Kind in unserer Gesellschaft das Gefühl bekäme, der Lebensfreude und Lebenslust anderer Menschen im Wege zu stehen. Als künftiger Arbeitsmarktfaktor und Rentenkassenzahler wäre es freilich schon herzlich willkommen.

Ja, und was schon am Anfang alles über dieses Kind mit dem Namen Jesus gesagt wird. Gut, die hl. Drei Könige, die haben noch gewusst, was sich gehört. Die haben´s noch gut gemeint. Und die Hirten, die wollen an dieser Stelle natürlich auch positiv erwähnt sein! Aber sonst bringt dieses kleine Wesen von vorneherein viele Fragen und Sorgen und vieles durcheinander, selbst seine Mutter Maria. Herodes fürchtet um seine Machtposition. Der greise Simeon weissagt, dass dieses Kind spalten wird: die einen werden aufgerichtet und die anderen werden durch dieses Kind zu Fall kommen. O du fröhliche, o du selige, Gnaden bringende Weihnachtszeit! Mit diesem Kind geht es ganz schön rund, von Anfang an. Und zudem: Bräuchten gerade wir heute nicht jemand ganz anderen? Jemand anderen als ein Kind? Bräuchten wir nicht jemanden Großen, der weiß, wie man die wirtschaftlichen Probleme löst, der Klein- und Großkriege verhindern oder beenden kann, der den Hunger auf dieser Welt beseitigt, zerbrochene Beziehungen wieder in Ordnung bringt, in der Arbeitswelt mal kräftig auf den Tisch haut, wenn die Arbeitskraft von Menschen, ob Arbeitgeber oder Arbeitnehmer, ausgenutzt wird. – Stichwort burnout. Bräuchten wir nicht jemanden, der uns vor Krankheit bewahrt und beschützt und auf unsere Gesundheit aufpasst, der darauf schaut, dass es uns gut geht?

O dieser Gott mutet uns auch an Weihnachten einiges zu mit dem göttlichen Kind. Er lässt uns einfach nicht zur Ruhe kommen. Haben wir uns doch auch dieses Jahr so gewünscht.

Wie viele Karten bekomme ich, auf denen ruhige und erholsame Tage gewünscht werden. Die Krippe als kostengünstiges Wellnessangebot.

Nun, es tut uns sicher gut, Euch/Ihnen, wie mir, bei der Krippe auch mal zur Ruhe zu kommen. Dabei möchte Gott aber offensichtlich nicht bleiben. Gott will nicht, dass wir am 1. und 2. Weihnachtstag und vielleicht auch noch ein paar Tage danach nur zur Ruhe kommen, um uns dann nur – gut erholt freilich – in den selben Trubel zu schicken, den wir gerade zurückgelassen haben. Gott kommt nicht in diese Welt, damit alles so weitergeht, wie es war. Nur, damit wir mit ein wenig mehr Ruhe das Ganze angehen können. Gott setzt in Bewegung, er hat sehr wohl eine Richtung, in die er mit dem Kind und uns zusammen gehen möchte. Seine Mutter Maria weiß darum. Als Schwangere bereits singt sie angesichts des Kindes in ihrem Leib das Lied von dem Gott, der den Kleinen unsagbare Würde und Ansehen geschenkt hat, der sich auf die Seite der Armen dieser Welt stellt, gleich, welche Form diese Armut konkret annimmt.

Das Weihnachtsevangelium erzählt davon, dass den Hirten, die damals am Rande der Gesellschaft standen, zuerst die frohe Botschaft verkündet wurde, dass der Retter geboren sei. Sie konnten mit dem Wort „Retter“ wohl am meisten anfangen. Ihnen wurde große Freude verkündet, dass Gott ein Gott der Freude und nicht der Angst ist. Eine ganze Heerschar von Engeln musste aufgeboten werden, dass sie das glauben konnten. Und auch das wird schon klar: Jesus und sein Gott sind keine Anhänger eines faulen Friedens und Hauptsache, wir machen´s allen recht und keiner muss was Schlechtes über uns sagen.

Es ist schon gut, dass Gott als Kind auf die Welt kommt und nicht mit seiner ganzen Machtfülle über uns herfällt. Gott als Kind, vielleicht fällt es uns da doch leichter, uns für ihn zu entscheiden, damit er uns in Bewegung bringt. So ein Kind hat einfach etwas Faszinierendes, Anziehendes an sich. Mit der Macht seines Vertrauens, mit seinem herzhaften Lachen, mit seiner Gelassenheit, mit seiner Liebe zieht es uns in seinen Bann, verkörpert es Dinge, die doch auch für die Erwachsenenwelt so wichtig, überlebenswichtig sind.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen gesegnete Tage an Weihnachten und darüber hinaus.

Peter Nirmaier, Präses

Vertreter des KAB-Diözesanverbandes Speyer bei GEPO-Jahrestagung

Thomas Eschbach und Bärbel Glas nahmen für den DV SP der KAB an der diesjährigen Tagung der GEPO *(Groupe Européen de Pastorale Ouvrière)* und des EZA *(Europäische Zentrum für Arbeitnehmerfragen)* in Porto teil. Diese Europäische Gruppe für Arbeiterseelsorge traf sich vom 02. bis 05. Oktober 2019 in Portugal zu ihrer Jahreskonferenz 2019.
Das Thema der Konferenz lautete: „Eine gemeinsame Vision für die europäische Schaffung der sozialen Rechte-Sozialschutz und soziale Eingliederung".
Teilnehmer aus Belgien, Deutschland, England, Frankreich, Luxemburg, der Schweiz und des Gastgeberlandes Portugal erörterten das Thema „Der Sozialschutz in Europa" unter historischen, sozial-philosophischen und christlichen Aspekten sowie dessen rechtliche und tatsächliche Umsetzung vor Ort anhand von Praxis-Beispielen.

So erläuterte Marina Mirkes, Koordinatorin der Centres d'Insertion Socioprofessionelle *(CISP)* aus Belgien *(Zentren für die Eingliederung ins Gesellschafts- und Berufsleben)* unter dem Titel „Der Sozialschutz in Europa: Geschichte eines langen Kampfes" die historische Entwicklung der sozialen Leistungen in Belgien und Frankreich am Beispiel der Situation der Arbeitnehmerschaft, gefolgt von sozial-philosophischen Gedanken über die Thematik: „Sozialschutz – die heutigen Herausforderungen", die Carvalho da Silva, ehemaliger CGTP-Generalsekretär, der Versammlung vorstellte.

Am Nachmittag des 03.10.2019 folgte die Besichtigung eines Projektes von AMICIS, einer Behinderten-Tageseinrichtung für etwa 24 Menschen, die trotz Handicap, etwa Trisomie 21, mit Gartenarbeit und dem Verkauf der erzeugten Produkte an einem Integrationsmodell mitwirkten.

Im Anschluss daran wurde uns die Situation in Portugal anhand der Fragestellungen „Soziale Sicherheit, Arbeitslosigkeit, Mindesteinkommen, Altersbeihilfen und Renten" durch Carvalho da Silva, dem ehemaligen Generalsekretär der CGTP, erläutert. Am 04.10.2019 erhielten wir einen Einblick in die „Solidarität-Grundlage der Sozialversicherung" in Belgien und die Papstworte „Laudatio Si" durch Jean-Claude Brau, Ausbilder beim Cefoc *(Bildungszentrum Cardijn in Belgien)*.
Zur Frage „Welche Bedeutung muss einer gemeinsamen Ethik im sozialen Schutz innerhalb der einzelnen Länder der EU und auf EU-Ebene beigemessen werden" wurden Beiträge aller anwesenden Ländervertretern gebracht.
Phillipe Van Paris, Philosoph und Ökonom, Belgien, emeritierter Ordinarius an der katholischen Universität Leuven *(Hoover-Stuhl für ökonomische und soziale Ethik)* referierte dann zur „Herausforderung der europäischen Vereinheitlichung: zwischen Vielfalt und Gleichheit", wonach in anschließenden Aufgabenrunden zu verschiedenen Themen gearbeitet wurde, so

- in Workshop 1 zu: Arbeitslosenunterstützung: welche Konvergenz gilt es zu erreichen?
- in Workshop 2 zu: Das Mindesteinkommen: welche Konvergenz gilt es zu erreichen?
- in Workshop 3 zu: Altersunterstützungen und Renten: welche Konvergenz gilt es zu erreichen?

Am 05.10.2019 wurde über eine „Strategie für einen gemeinsamen Ansatz in Europa: wie unsere Netzwerke für eine gemeinsame Dynamik zu verwenden sind" diskutiert und im Ansatz eine gemeinsame Erklärung erstellt, eine Richtschnur und Botschaft für die Mitglieder und Verbände der GEPO und EZA sowie für die in der Arbeitswelt tätigen Christen und als „Abschlussbotschaft der Konferenz" etwa den Inhalt hat, wie folgt:

Wir befinden uns an einem Wendepunkt im Aufbau Europas. Das Brexit-Problem klingt wie eine Warnung für die Fortsetzung des Projekts. Nicht nur im Vereinigten Königreich steht ein großer Teil der Bevölkerung dem europäischen Traum zunehmend kritisch gegenüber.

Wir sind uns bewusst, dass zu viele Menschen in diesem Europa in ihrem Leben durch aufeinanderfolgende Krisen missbraucht wurden und dass Europa nicht in der Lage war, supranationale Solidarität für alle Bürger zu garantieren.

Aber wir sind überzeugt, dass die Lösung gerade in der Schaffung eines politischen Raums, einer Voraussetzung für einen sozialen Ansatz, neben einem Wirtschaftsraum liegen kann. Dieser Raum muss zu einem Raum der Solidarität und Gerechtigkeit für alle Menschen, Männer und Frauen, Einheimischem und Migranten, Bürger aus reichen Regionen oder der Peripherie werden. Die Errungenschaften des europäischen Aufbauwerks werden auf der Grundlage eines neuen Pakts fortgesetzt, der dem Wunsch jeden Bürgers nach einem guten und würdevollen Leben besser Rechnung tragen muss. Für die GEPO bleibt der Ausgangspunkt die Bedeutung, die der Arbeit als wichtiges Element beim Aufbau der Würde des Menschen beigemessen werden muss.

Mit „Arbeit“ meinen wir einerseits einen wesentlichen Beitrag zur Gemeinschaft durch eine Tätigkeit, die Sinn gibt und andererseits eine angemessene Vergütung dafür, die ein würdiges Leben ermöglicht. In unseren europäischen Ländern sind die meisten sozialen Rechte mit bezahlter Arbeit verbunden. Umso wichtiger ist es, dass wir energisch gegen alle Formen prekärer Arbeit kämpfen, die es den Menschen nicht mehr ermöglichen, grundlegende soziale Rechte wahrzunehmen, die Mindestvoraussetzung für ein würdevolles Menschenleben.

Es bedarf auch politischer Maßnahmen, um anhaltende Ungleichheiten sowohl zwischen den Ländern als auch innerhalb der Länder selbst zu verringern. Es ist skandalös, dass die Konzentration des Reichtums in den Händen einiger weniger auf Kosten einer wachsenden Zahl von Arbeitnehmern geschieht, die nicht mehr angemessen von ihrer Arbeit leben können.
Unsere Handlungslinien der verschiedenen Arbeiterpastoral sind:

- Bekämpfung unwürdiger Arbeit und der Entmenschlichung der Wirtschaft. Die Wirtschaft muss im Dienste der Menschen stehen und nicht umgekehrt.

Dies erfordert eine offensive Politik gegen alle Formen der Ausbeutung der Arbeitnehmer und das Ziel, dass jeder von seiner Arbeit und den daraus resultierenden sozialen Rechten *(Arbeitslosigkeit, Alter, Krankheit,....)* gut leben kann. Auf europäischer Ebene müssen wir den Schutz der Rechte aller, die im Rahmen atypischer Verträge arbeiten, verstärken. Wir müssen auch sicherstellen, dass die Rechte von Grenzpendlern und entsandten Arbeitnehmern gewährleistet sind.

- Zusammenarbeit mit allen Organisationen in der Arbeitswelt, um eine europäische Basis für soziale Rechte zu schaffen. Sie muss mit einem konkreten und verbindlichen Inhalt versehen werden, wenn die europäische Politik zum Garanten für soziale Gerechtigkeit und supranationale Solidarität werden soll. Die GEPO verpflichtet sich, mit der neuen Kommission und dem Europäischen Parlament einen Dialog über dieses Thema aufzunehmen.
- Umsetzung eines radikalen Aktionsplans zur Verringerung der Ungleichheiten bei den Löhnen und der Verteilung des Vermögens durch eine angemessene Steuerpolitik. Es ist nicht nachhaltig, dass die Unternehmen, die heute den größten Wertzuwachs haben, diejenigen sind, die am wenigsten zum Gemeinwohl beitragen.
- Soziale Rechte sind vor allem Rechte! Wir fordern ein Ende der, den Sozialschutzberechtigten aufgebürdeten Schikanen und Schuldgefühlen. Dies steht im Widerspruch zu den europäischen Grundsätzen der Achtung der Menschenwürde jeden Bürgers. Wir verurteilen, dass die Staaten unter dem Vorwand des Haushalts den Zugang zur Sozialhilfe immer komplizierter machen. Die Logik der Mitmenschlichkeit und des Gemeinwohls muss die gesamte Sozialpolitik leiten. Sie erfordert auch Reformen, um die Sozialgesetzgebung transparent und nachvollziehbar zu machen. Die Zugänglichkeit zu den sozialen Rechten erfordert auch eine administrative Vereinfachung.
- Die erworbenen Rechte *(Rente, Arbeitslosigkeit, Krankheit, Arbeitsunfähigkeit)* müssen auf einem Niveau gehalten werden, das ein menschenwürdiges Leben gewährleistet und die Menschen nicht in eine Armutssituation führt. Wir treten für eine Harmonisierung auf europäischer Ebene durch einen einheitlichen Satz innerhalb der Länder ein: die Lohnersatzquote von 80%. Wir fordern eine umfassende Debatte über die Frage der Verschiebung des Rentenalters unter dem Gesichtspunkt des Problems der Arbeitslosigkeit bei Menschen ab 50 Jahren. Zu oft werden sie dazu verurteilt, Langzeitarbeitslose zu werden, was sie mit der Erhöhung des Rentenalters noch weiter an den Rand drängt.
- In vielen europäischen Ländern ist der Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen für junge Menschen praktisch nicht vorhanden. Wir müssen den Generationenvertrag weiterverhandeln, auf dass er jungen Menschen ermöglicht, eine nachhaltige wirtschaftliche Existenz aufzubauen.

Die Tagung in Porto bot einen arbeitsreichen Austausch, über die Situation der Arbeitnehmerschaft, innerstaatlich verbundener, sozialer Probleme und stärkte die internationaler Zusammenarbeit auf der Ebene der christlichen Arbeitnehmer; gewährleistete aber auch die Vertiefung persönlicher Begegnungen der am Thema „Gutes Leben für alle“ Arbeitenden.

Eine Fortführung dieser Arbeit ist erforderlich und deren Unterstützung daher wünschenswert!

Für den KAB-DV Speyer
Bärbel Glas

Die Europäische Gruppe der Arbeiterpastorale hat sich vom 3. bis 5. Oktober 2019 in Porto *(Portugal)* zum jährlichen Kolloquium rund um das Thema „Eine gemeinsame Vision für den europäischen Sockel der Sozialrechte. Sozialer Schutz und soziale Inklusion“ eingefunden. Ausgehend von Vorträgen und Diskussionen hat die Versammlung eine Nachricht an ihre Strukturen und Mitgliedsverbände sowie an Christen, die sich in der Arbeitswelt einsetzen, formuliert.

Schlussnachricht des Kolloquiums

Wir befinden uns an einem Scheideweg im Aufbau des „europäischen Hauses“. Das Thema Brexit klingt wie eine deutliche Warnung für dieses Aufbauprojekt. Nicht allein im Vereinigten Königreich äußert sich ein Großteil der Bevölkerung zunehmend kritischer gegenüber dem europäischen Traum.

Wir sind uns bewusst, dass noch zu viele Menschen in diesem Europa in ihrer Existenz eine Reihe von Krisen durchlaufen müssen und dass dieses Europa nicht der Garant für eine länderübergreifende Solidarität mit allen Bürgern gewesen ist. Wir sind jedoch überzeugt, dass die Lösung ausschließlich in der Schaffung eines politischen Raumes – der Grundbedingung eines sozialen Ansatzes – neben einem Wirtschaftsraum liegen kann. Es muss ein Freiraum für Solidarität und Gerechtigkeit für alle Menschen, Frauen und Männer, ob Einheimische oder Zugewanderte, Bürger aus reichen Regionen oder aus Randgebieten, sein. Die Verankerung der Errungenschaften Europas erfolgt auf der Grundlage eines neuen Paktes, der besser den Wünschen und Anforderungen eines jeden Bürgers und seinem Recht auf ein gutes und würdiges Leben Rechnung tragen muss.

Für den Gepo bleibt der Ausgangspunkt nach wie vor die Bedeutung der Arbeit als wichtiger Baustein für den Aufbau der Würde eines jeden Menschen. Unter „Arbeit“ sind zum einen ein wesentlicher Beitrag zur Gemeinschaft durch einen sinnvollen Einsatz innerhalb derselben und für diese, und zum anderen eine angemessene Entlohnung, die ein würdiges Leben erlaubt. In unseren europäischen Ländern sind die Sozialrechte meist an entlohnte Arbeit gebunden. Es ist daher grundsätzlich, dass wir einen vehementen Kampf gegen sämtliche Formen unsicherer Arbeit führen, die es den Arbeitnehmern nicht mehr ermöglichen, elementare Sozialrechte, d.h. die Mindestvoraussetzung für würdiges Leben, wahrzunehmen. Dies erfolgt auch durch politische Maßnahmen gegen anhaltende Ungerechtigkeiten sowohl in den EU-Ländern als auch zwischen EU-Ländern. Es ist ein Skandal, dass die Konzentration von Reichtum in den Händen einiger weniger auf dem Rücken einer zunehmenden Zahl von Arbeitnehmern, die nicht mehr ein würdiges Leben mit ihrer Arbeit bestreiten können, ausgetragen wird.

Unsere Aktionspisten für die einzelnen Arbeiterpastoralen lauten wie folgt:

- Bekämpfung unwürdiger Arbeit und der Entmenschlichung der Wirtschaft. Die Wirtschaft muss im Dienste des Menschen stehen und nicht umgekehrt. Dies erfordert eine offensive Politik gegen sämtliche Formen von Ausbeutung in der Arbeitswelt und das Ziel, dass jeder in angemessener Weise von seiner Arbeit mit den sich daraus ergebenden Sozialrechten leben kann *(Arbeitslosengeld, Rente, Arbeitsunfähigkeitsentschädigung, Krankengeld…)*. Auf europäischer Ebene müssen wir den Schutz der Rechte all derjenigen stärken, die unter atypischen Arbeitsverhältnissen arbeiten. Wir müssen darauf achten, dass die Rechte der Grenzgänger und der entsendeten Arbeitnehmer gewährleistet sind.
- Gemeinsamer Einsatz mit allen Organisationen der Arbeitswelt für den Aufbau eines europäischen Sockels der Sozialrechte, dem ein konkreter und verbindlicher Inhalt gegeben werden muss, damit die EU-Politik wieder zum Garanten für soziale Gerechtigkeit und Solidarität auf EU-Ebene wird. Der Gepo möchte einen diesbezüglichen Dialog mit der neuen Kommission und dem Europaparlament.
- Einsetzung eines radikalen Aktionsplans zur Senkung der Lohnungleichheiten und zur Umverteilung des Reichtums durch eine adäquate Steuerpolitik. Es ist untragbar, dass diejenigen Unternehmen, die die meisten Reichtümer heute schaffen, auch diejenigen sind, die am wenigsten zum Gemeinwohl beisteuern.
- Die Sozialrechte sind vor allem Rechte, und daher fordern wir den Stopp von Mobbing und von Schuldzuweisungen an all diejenigen, die Anspruch auf sozialen Schutz haben. Dies steht im Widerspruch zu den europäischen Grundsätzen der Achtung von der Würde eines jeden Bürgers. Wir denunzieren, dass unter haushaltstechnischen Vorwänden die Staaten den Zugang zu Sozialhilfe zunehmend erschweren. Die Logik des Allgemeinwohles muss der gesamten Sozialpolitik als Richtschnur dienen. Dies erfordert auch Reformen, damit die Sozialgesetzgebung entwirrt wird. Der Zugang zu soziale Rechten erfolgt ebenfalls über den Weg einer Vereinfachung bürokratischer und administrativer Vorgänge.
- Die Ersatzeinkommenssätze *(mit anderen Worten Renten, Arbeitslosengeld, Krankengeld, Invalidengeld)* müssen auf einem Stand gehalten werden, der ein würdiges Leben gewährleistet und das Abgleiten in die Armut verhindert. Wir plädieren für die europaweite Vereinheitlichung in Form eines einzigen Satzes, mit anderen Worten einen Ersatzeinkommenssatz von 80 %. Wir fordern eine breite Debatte über die Verlagerung des Renteneintrittsalters in Anbetracht des Problems der Arbeitslosigkeit von Über-50-Jährigen. Noch zu häufig sind sie dazu verdammt, Langzeitarbeitslose zu werden, was sie angesichts der Verlegung des Rentenalters noch weiter an den Rand der Gesellschaft drängt.
- In zahlreichen europäischen Ländern haben die Jugendlichen quasi überhaupt keinen Zugang zu qualifizierter Arbeit. Wir müssen einen Generationenvertrag neu aushandeln, der es Jugendlichen ermöglicht, eine nachhaltige ökonomische Existenz aufzubauen.

Tages-Workshops
„Neue für die KAB begeistern!“

Diese Tages-Workshops geben in verdichteter Form Antwort auf die zentralen Fragen der Mitgliederwerbung, stellt die Werbekampagne mit den verschiedenen Werbematerialien vor und hilft mit praktischen Übungen einen ersten Einstieg in die wichtigste Zukunftsaufgabe des Verbandes zu finden:
Neue für Ihre KAB zu begeistern!

Wer sind eigentlich die potentiellen Neuen?

- Welche Angebote und Argumente machen den Verband attraktiv für die Zielgruppen?
  Wo und wie wirbt man am effektivsten?
- Und wie führt man eigentlich ein überzeugendes Werbegespräch?

Termine und Orte:
18.01.2020 - Frankfurt/M., DGB-Haus
01.02.2020 - Nürnberg, Caritas-Pirkhei!‘Jler-Haus
08.02.2020 - Hannover, FORUM St. Josef

Wer noch als Werber für die KAB einsteigen will, der meldet sich bitte über mitgliederwerbung@kab.de zeitnah an!

Die Kosten werden vom Diözesanverband übernommen!

Fair wirtschaften-Zukunft-Grundeinkommen

Die Initiative „Zukunftsdialog Speyer“ hatte am 05. November 2019 in die Universität Speyer eingeladen. Hauptredner war der renommierte und als Chefredakteur der Zeitschrift „Publikforum“ bekannt gewordene Dr. Wolfgang Kessler. Nachstehend soll hier der Versuch unternommen werden, den Vortrag von Dr. Kessler in seinen Hauptlinien nachzuzeichnen.
Der Vortrag ergänzt die aktuelle Diskussion zum Thema „Zukunft der Arbeit“.

1) Die halbe Wahrheit

„Die Banken machen wieder Gewinne, die Konsumenten kaufen, die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit geht zurück, die Steuereinnahmen sprudeln. Also alles paletti.“ - „Auf großen Konferenzen- wie im Weltwirtschaftsforum in Davos - werden große Erfolge der globalen Ökonomie gepriesen. Mehr als eine Milliarde Menschen wurden in den vergangenen 20 Jahren aus der Armut geholt“- Diese Meldungen sind nicht falsch, so Wolfgang Kessler. Aber es gibt noch mindestens eine weitere Wahrheit: „Wer behauptet, dass alles in Ordnung ist, weil die Zahlen stimmen und dass sich alle Probleme durch das übliche „mehr produzieren, mehr arbeiten, mehr kaufen“, lösen lassen, wird sich täuschen. Schon heute erleben wir, dass es große Zukunftsängste und erhebliche Verwirrungen in dieser Gesellschaft gibt - trotz guter wirtschaftlicher Lage.
Viele Menschen spüren, dass es zur Bewältigung der großen Zukunftsprobleme wie Klimakrise, Weltgerechtigkeit, Migration oder Digitalisierung grundlegende Veränderungen braucht.“- Diese Gefühle trügen nicht.
An mehreren Beispielen macht W. Kessler deutlich, wie mehrdeutig und vielfältig die Entwicklungen sind: wachsende soziale Ungleichheit in Deutschland trotz guter Wirtschaftsdaten (ein Viertel der Deutschen ist vom Wohlstand abgehängt, darunter 3,6 Millionen Kinder und Jugendliche); zehn Prozent der reichsten Haushalte besitzen Jahr für Jahr mehr vom privaten Gesamtvermögen- inzwischen sind es rund 65 Prozent; in allen Industrieländern wird die Kluft zwischen reich und arm immer größer, die Armut wächst; der Arbeitsmarkt hat sich erholt, aber er ist gespalten; ein Drittel des Arbeitsmarktes zerfällt in Minijobs, Honorarverträge, Leiharbeiter, neue Selbstständige, Projektarbeit; fast jeder zweite Arbeitnehmer unter 30 hat einen befristeten Arbeitsvertrag;...

2) Eine Anfrage an unserer vorherrschende Wirtschaftsweise

Papst Franziskus sagt: „diese Wirtschaft tötet“- und sie tut es. – Die Welt entwickelt sich nach der Losung: „Wie im Westen, so auf Erden.“ Die Welt hält dies aber nicht aus, wenn alle Menschen so leben wie Amerikaner und Deutsche – unsere Wirtschafts- und Lebensweise stößt an ökologische Grenzen. Und das hat Folgen: Die Rohstoffe werden knapper, ihre Ausbeutung teurer; das Klima wird erhitzt, die Meere werden vermüllt, Millionen Arten sterben aus; Böden erodieren, der Anbau von Lebensmitteln wird schwieriger; es gibt Kriege um Rohstoffe, Kriege um Wasser, Angst vor Wirbelstürmen.
Getrieben werden diese Entwicklungen von:

a) einem rasenden globalen Finanzkapitalismus, wo inzwischen an den Börsen 100.000 Wertpapiere pro Millisekunde gekauft/verkauft werden - alles ohne menschlichen Zugriff- alles über Computer. Die neuen Herren der Welt sitzen vor allem in US-amerikanischen Finanzkonzernen sowie in chinesischen und arabischen Staatsfonds. Der größte der Fonds heißt: Black Rock.
Er und die neun anderen großen Finanzkonzerne sind an 286 der weltweit größten 300 Konzerne beteiligt, auch an allen Dax-Konzernen. Zusammen mit den großen Datenkonzernen und den chinesischen sowie arabischen Staatsfonds beherrschen sie die Weltwirtschaft. Investiert wird dort, wo Rendite erwartet wird; Arbeiterrechte, Umweltschutz, Regenwälder, Menschenrechte sind für sie zweitrangig.
Weltweit investieren sie in große Konzerne, in riesige Flächen von Ackerland, in Nahrungsmittel, in Technik – mit Folgen: große Investoren kaufen ganze Innenstädte, die Mieten explodieren; sie kaufen Ackerland, die Bodenpreise explodieren; sie kaufen Pflegebetten, Krankenhäuser, Wasserrechte,... – öffentliche Daseinsvorsorge, ja ganze Volkswirtschaften geraten so in die Hände der Finanzinvestoren – die alles zum Ziel haben, nur eines nicht: das Gemeinwohl!

b) Die zweite große Herausforderung heißt:
Digitalisierung und Künstliche Intelligenz
Digitalisierung heißt vereinfacht gesagt, dass Geschriebenes oder etwa Fotos nicht mehr analog auf Papier festgehalten, sondern in Daten verwandelt, gespeichert und per Internet verschickt werden kann. Durch den enormen technischen Fortschritt können Daten immer schneller erhoben und miteinander vernetzt werden. Diese Digitalisierung ist die Grundlage für künstliche Intelligenz. Intelligent daran ist, dass Algorithmen genutzt werden, um aus großen Datensätzen Muster zu erkennen, im einfachsten Fall Kaufmuster, Geldanlage-Muster, Verhaltensmuster oder Produktionsmuster. Künstliche Intelligenz kann auch positive Folgen für den Menschen haben. Allerdings darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Digitalisierung in der Privatwirtschaft nicht im luftleeren Raum stattfindet, sondern zur Steigerung der betriebswirtschaftlichen Effizienz. Deswegen werden sich die Arbeitsbedingungen durchgreifend verändern: Es werden zwar gut abgesicherte und bezahlte Jobs für gut ausgebildete Fachkräfte bleiben – aber die Mehrzahl der Beschäftigten wird mit Maschinen konkurrieren. Es werden mehr Menschen überqualifiziert sein, prekär, selbstständig zu Hause, nach Bedarf arbeiten, Beispiel so genannte Crowdworker, die für kleine Dienstleistungen für Internet-Plattformen schlecht entlohnt werden, aber selbstständig arbeiten. Mehr Arbeitskräfte werden ungesicherter arbeiten und weniger verdienen.

c) Die Ökologisierung der Wirtschaft
Die ökologischen Herausforderungen – Klimaerwärmung, Naturschutz, Vermüllung der Meere, Belastung des Trinkwassers, Abfallflut,… werden unsere Produktion, Arbeit und Konsum verändern. Es wird ein schleichender Wandel von einer harten Industriegesellschaft zu einer kreislauforientierten Dienstleistungswirtschaft zu erleben sein. Auch wenn mehr Arbeitsplätze neu entstehen als alte wegfallen, so werden die Bürger als Unternehmer, Arbeitnehmer und Verbraucher doch gewaltige Veränderungen spüren. In dieser Übergangszeit wächst die Unsicherheit der Bürger, wachsen Ängste, Ängste vor einer ungewissen Zukunft.

Viele Menschen sind überfordert, gehetzt, sehnen sich nach einer vermeintlich sicheren Heimat, nach einem Leben, wie sie es von früher zu kennen glauben. Die Neigung zu Abschottung nimmt zu, zur ausschließlichen Kommunikation in eigenen Blasen. Und damit auch die Neigung zu Intoleranz, zu fundamentalistischem Denken und auch zu Gewalt und Aggressivität.
Diese Lage stellt hohe Anforderungen an den Einzelnen: Um das Alte, das Angestammte fürchten und doch das Neue wagen. Damit die Menschen dies können, ist die Politik gefordert. Drei Lösungshinweise:

I. Eine Renaissance des Staates
Eine Wende erfordert den Mut zur Renaissance des Staates: Pflege und Gesundheit, Wasser, Strom, öffentlicher Verkehr oder sozialer Wohnungsbau sind öffentliche Aufgaben – und müssen so organisiert werden, dass das Renditedenken keine Rolle spielt. Und in der digitalen Welt muss man fragen: Brauchen wir nicht ein Facebook in der Hand der Bürger wie Wikipedia; brauchen wir nicht öffentlich-rechtliche Suchmaschinen? Staat und Tarifpartner müssen dafür sorgen, dass die neuen digitalen Arbeitsformen, die Arbeit in sozialen Bereichen wie Pflege durch rechtliche Rahmenbedingungen besser geschützt und in Tarifverträgen eingebunden werden.

II. Verteilen wir den Reichtum gerechter und sichern wir alle Menschen durch ein Grundeinkommen ab.
Die Idee ist ein Grundeinkommen im Rahmen einer gerechten Steuerreform. Im Unterschied zu anderen Modellen wird dieses Grundeinkommen vom Finanzamt ausbezahlt und mit der Steuer verrechnet. Also: Wer keine Steuern bezahlt, erhält das Grundeinkommen. Wer zum Beispiel 1800 Euro Steuern zu zahlen hat, zahlt bei einem Grundeinkommen von 800 Euro nur noch 1000 Euro. Zugegeben, es klingt wie eine Neuberechnung der Steuern, doch es wäre eine soziale Revolution. Niemand lebt mehr in absoluter Armut- und dies, ohne dass sich die Bürger vor der Bürokratie erniedrigen müssen.

Weitere Effekte: der Anreiz zur Erwerbsarbeit bleibt erhalten - denn wer Erwerbseinkommen hat, verdient immer mehr als jemand mit Grundeinkommen; die Bürger können ihr Leben kreativer und selbstbestimmter als heute gestalten, wer eine Ausbildung absolviert oder studiert, steht besser da als heute- und unabhängig von den Eltern. Arbeit und Pflege lassen sich leichter vereinbaren; es wird leichter, die Arbeitszeit zu verkürzen, weil es die finanziellen Verluste abmildert; es gibt den Menschen Sicherheit in Zeiten großer Umbrüche- es ist ein Instrument gegen die allgegenwärtige Angst

III. Einsteigen in eine ökologische und gerechte Wirtschaftsweise

Jetzt gilt: Je mehr produziert, verkauft und konsumiert wird, desto besser. Wachstum über alles. Zukünftig muss die Devise sein, dass Umweltzerstörung erheblich teurer wird als Umweltschutz. Idee: Einnahmen aus den Ökoabgaben werden an die Bürger und Firmen zurückgezahlt, die weniger verbrauchen. Das wäre der Einstieg in die ökologische Revolution, bei der jene Verbraucher und Unternehmen belohnt werden, die klimagerecht arbeiten und wirtschaften.

Appell an uns: Mischen wir uns ein.
Arbeiten wir daran mit, dass es zu jeder grundlegenden Veränderung nicht immer eine große Katastrophe braucht.

Wolfgang Kessler ist Wirtschaftspublizist
@wolfgangkessler auf Twitter

Das Gesundheitswesen auf dem Prüfstand

Angesichts von Fachkräftemangel im Gesundheitswesen, von überlasteten Beschäftigten in Krankenhäusern, von Behandlung nach Kassenlage uvm. haben sich die Sozialexperten dazu entschlossen, Ursachenforschung zu betreiben. Ein Kenner der „Krankenhaus-Szene“ ist der ehemalige ärztliche Direktor des Neustadter Krankenhauses Dr. med. Werner Gallo, der dem Gremium als Referent zur Verfügung stand.

Der Film „Der marktgerechte Patient“ stand im Mittelpunkt der Tagung der Sozialexperten am 19. Oktober in Römerberg. Der Film veranschaulicht, wie sich das Krankenhauswesen in den letzten Jahren verändert hat. Krankenhäuser sind zunehmend zu Unternehmen geworden. Dazu beigetragen haben die seinerzeit umgestellte Finanzierung auf vorgegebene Fallpauschalen. Neben den medizinischen Aufgaben der Krankenhäuser spielen zunehmend betriebswirtschaftliche Erwägungen eine Rolle, welche eine Rationalisierungswelle nach sich zog. Beeindruckend werden die Auswirkungen dargestellt: Personalknappheit - Stress und Hetze bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern; Patienten können nicht mehr adäquat versorgt werden. Unrentable Bereiche werden ausgelagert oder gar ganz geschlossen, sogar Notfälle werden abgewiesen.
In der Aussprache über den Film stellt sich für die Sozialexperten die Frage, ob das Gesundheitswesen als staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge immer mehr zu einem „Gesundheitsmarkt“ verkommt. In dem, was die Menschen brauchen, nicht mehr an erster Stelle steht.

Die KAB-Sozialexperten sehen in der Auseinandersetzung mit dem Gesundheitswesen und weiteren Themen der sozialen Sicherung die Schwerpunkte ihrer Arbeit. Dafür sind 2020 wiederum zwei Samstagsvormittage vereinbart. Beim nächsten Treffen am 29.02.2020 stehen die neuen arbeits- und sozialrechtlichen Änderungen auf der Tagesordnung.

Michael Kercher

Das Geschäft mit dem Zertifikatehandel

Der Frauenstudientag im November beschäftigte sich mit dem co2 Ausstoß und dem Zertifikatehandel. Etwa 2/3 der co2 Zertifikate werden an der Börse gehandelt. Der Handel mit co2 Zertifikaten hat sich für Spekulanten und Energiekonzerne zum Milliardengeschäft entwickelt. Auf der Strecke bleiben die Stromkunden. Trotzdem wird dieser Handel im Klimapaket der Bundesregierung wieder neu hoffähig gemacht.

Die Frauen des Studientages waren einstimmig der Meinung „Weg mit den co2 Zertifikaten“. Der co2 Ausstoß muss nachhaltig reduziert werden. Industrien, die den Ausstoß nicht nachhaltig verringern, müssen entsprechend hoch besteuert werden. Sie dürfen sich nicht weiterhin durch Zertifikate freikaufen.

Ulrike Schüwer

Geld regiert die Welt – wer regiert das Geld

So lautete die diesjährige Frauenbildungswoche der KAB in der Diözese Speyer, an der 17 Frauen teilnahmen und sich über wirtschaftliche Zusammenhänge und Schattenbanken wie z.B. BlackRock informierten. Wie der Referent Dr. Wolfgang Kessler deutlich machte, gab es ab 1989 einen deutlichen Systemwandel. Die Grenzen des westlichen Kapitalismus wurden gesprengt. Spekulationen und Steueroasen wurden gestärkt, die Kluft zwischen Arm und Reich wurde größer und es war das Aufkommen der Schattenbanken wie z.B. BlackRock, die keiner Kontrolle unterliegen und mächtiger sind wie einzelne Staaten.

Während Banken inzwischen einer staatlichen Kontrolle unterliegen, arbeiten Schattenbanken unkontrolliert mit dem Ziel den höchst möglichen Profit zu erzielen. Die Schattenbanken sind ausschließlich profitorientiert. Es geht um praktikable Anlagemöglichkeiten *(zur Zeit erleben wir dies u.a. bei Immobilien)*.

Es gibt kein Denken mehr was das Gemeinwohl angeht, sondern nur ein Kosten-Nutzen-Denken. Altersvorsorge, Gesundheit und Pflege werden zur Ware.

Investitionen müssen sich lohnen. Der Mensch steht nicht im Mittelpunkt, sondern ausschließlich der Profit. Dagegen müssen wir uns wehren. Drei Beispiele, was getan werden muss.

1. Wir brauchen endlich ein gerechteres Steuersystem. Steuerlücken und Steueroasen müssen geschlossen werden.
2. Wir benötigen schärfere Regeln für die Finanzmärkte, z.B. höheres Eigenkapital.
3. Als Verbraucher sollten wir verantwortungsvoll mit Ersparnissen umgehen.

In einem Artikel kann nur Etwas von der Bildungswoche wiedergegeben werden. Wichtig ist, dass wir uns weiterhin informieren und unsere Gemeinschaft leben, indem wir uns gegenseitig unterstützen.

Ulrike Schüwer

Jahreshauptversammlung KAB-Mutterstadt

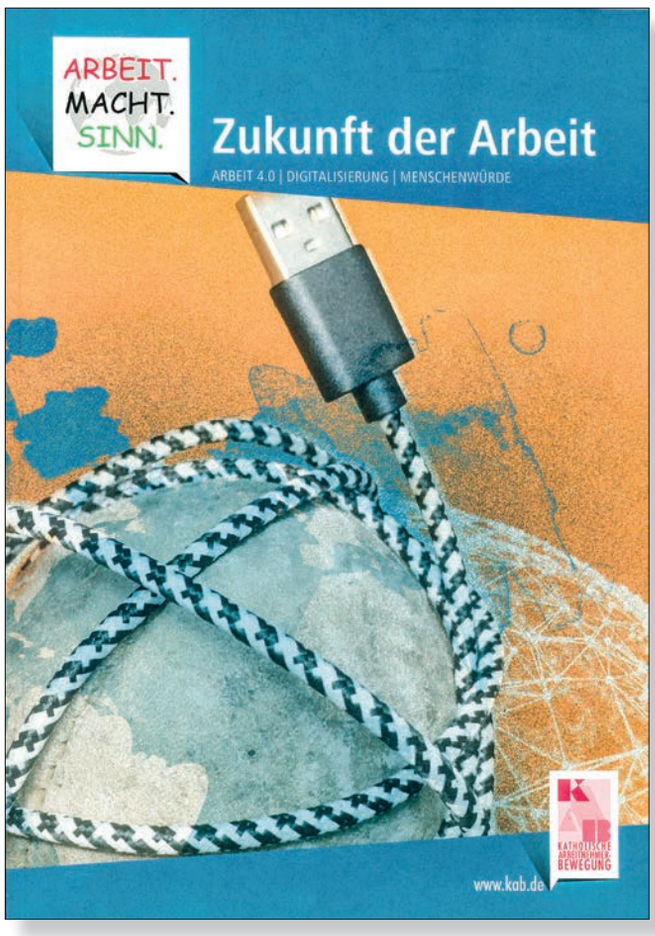
Mit einem sozialpolitischen Abendgebet zum Thema „Menschenwürdige Arbeit“ eröffnete die Ortsgruppe der KAB Mutterstadt ihre diesjährige Jahreshauptversammlung. Michael Kercher ließ in seinem Bericht die monatlichen Treffs nochmal Revue passieren. Das vielseitige Jahresprogramm beinhaltete religiöse und sozialpolitische Themen, zwei erfolgreiche Sammlungen für das Warenhaus „St. Christophorus“ in Speyer sowie ein Friedengebet zu Beginn des Jahres, eine Einführung in die Karwoche zusammen mit der kfd und das sozialpolitische Abendgebet. Auch das fröhliche Miteinander kam nicht zu kurz.

Mit einer Adventsbesinnung und anschließendem gemütlichen Beisammensein endete das Jahresprogramm. Gast war der Diözesanvorsitzende Kurt Freudenreich, der uns in unserer Arbeit bestärkte und darüber berichtete, wie sich der Diözesanvorstand die weitere Arbeit auf Diözesanebene gestalten will. Für das neue Jahr sind neben den traditionellen Veranstaltungen *(s.o.)* ein Betriebsbesuch geplant. Im Rahmen der Bildungsarbeit will sich die Gruppe, angeregt durch das Themenheft „Zukunft der Arbeit“ des Bundesverbandes mit Fragen zur Nachhaltigkeit, dem Wirtschaftswachstum, der Gemeinwohlökonomie und dem Wandel in der Automobilindustrie auseinandersetzen.

Michael Kercher

Hinweis

Die Arbeitshilfen „Zukunft der Arbeit“ sind über das KAB-Diözesanbüro zu beziehen!



Basisgruppe Enkenbach-Alsenborn

Nachlese Funzelowend

Am 18.10.2019 trafen sich ab 19.30 Uhr knapp dreißig KAB-Mitglieder und Freunde der Basisgruppe Enkenbach-Alsenborn zum diesjährigen Funzelowend im Heinrich-Brauns-Haus in Enkenbach, um einen schönen und unterhaltungsreichen Abend in froher Runde zu erleben.

An durch unsere Frauen wunderschön herbstlich dekorierten Tischen sitzend, wurden Werke verschiedener Pfälzer Dichter, Eigenkompositionen, Anekdoten aus der Vergangenheit, Besinnliches, aber auch Witziges zu Gehör gebracht. Mit Mundharmonikabegleitung gesungene Lieder rundeten das Programm harmonisch ab. Ausreichend Laugenbrezeln und -stangen nebst neuem und altem Wein und weiteren Getränken á la carte, trugen im Besonderen zum leiblichen Wohle bei.

Die Stimmung stieg unaufhörlich, man wünschte sich, dass der Abend so schnell nicht enden möge.

„Der Funzelowend muss auch zukünftig stattfinden!“, „Eine wunderschöne und tolle Abwechslung vom Alltag“, „Absolute Klasse – ich bin begeistert“; das waren nur einige Äußerungen, die diese wahrhaft gelungene herbstliche Traditionsveranstaltung der KAB lobend beschrieben.

Herzlichen Dank an alle!

„Die Kerchturmuhr schlug Mitternacht-
Do hat de letscht sich häämgemacht“.

IMPRESSUM:

Verantwortlich für den Inhalt:
KAB Diözesanvorstand
KAB-Diözesansekretariat
Jutta Schulmerich
Webergasse 11, 67346 Speyer
Telefon: 06232/102-376
E-Mail: kab@bistum-speyer.de

Ansprechpartnerin:

Jutta Schulmerich

Termine 1. Halbjahr 2020

Datum	Veranstaltung	Thema	Ort
29.02.	Straßenaktion	Auftakt der Werbekampagne „Neue für die KAB begeistern“	Speyer, N.N.
10.03. *9-16 Uhr*	Seniorentag	„Kirche und Gesellschaft“	Pfarrheim/Heinrich-Brauns-Haus, Enkenbach
20.03. *9-16 Uhr*	Dialogforum	„Was gibt Orientierung in einer digitalen Welt?“	Edith-Stein-Haus, Kaiserslautern
24.10. *9-16 Uhr*	Allianz Altersarmut	Alterssicherung unter Druck: Reformdebatten und-perspektiven vor dem Hintergrund zunehmender Altersarmut	Edith-Stein-Haus, Kaiserslautern
30.06. ganztägig	Tagesausflug		Bernkastel-Kues/ Beilstein

Weitere Veranstaltungen wie Betriebsbesuche, Gottesdienst auf der Totenkopfhütte, u.a. sind in Vorbereitung.
Wir werden Sie rechtzeitig darüber informieren!

Im Diözesanverband engagieren sich etliche Mitglieder in verschiedenen Arbeitskreisen:
Arbeitskreis Frauen, Sozialexperten, Senioren

Wer an einer Mitarbeit in einem Arbeitskreis interessiert ist, möge sich bitte im KAB-Büro melden >
wir leiten Ihre Anfrage gerne an die AK-LeiterInnen weiter!

Sie erreichen das KAB-Büro:

Dienstags, Donnerstags und Freitags
jeweils von 9-12 Uhr